

KOMMENTAR

von Jürgen Ziegner



Seit 1.10.2022 ist er in Kraft....

... der gesetzliche Mindestlohn von 12 Euro/Stunde. Mehr Bewerber für Stellen an Tankstellen hat er nicht gebracht – das hatten wir auch nicht erwartet. Der Personalmangel ist nicht nur an Tankstellen, sondern in großen Teilen des Einzelhandels neben den explodierenden Energiepreisen weiter das größte Problem.

Was wir nicht erwartet hatten, ist die Tatsache, dass sich das Arbeitskräfteangebot im nächsten Jahr eher noch verschlechtern wird, wenn im Januar das Bürgergeld in der vom Bundeskabinett verabschiedeten Fassung eingeführt werden sollte. Zwei Ökonomen vom Kieler Institut für Wirtschaftsforschung haben es in einer kurz nach ihrer Veröffentlichung zurückgezogenen Studie so ausgedrückt: „Die erhöhten Sätze des Bürgergeldes in Verbindung mit geringerem Druck zur Arbeitsaufnahme werden in vielen Fällen dafür sorgen, dass die Arbeitsanreize viel zu gering sind, um zum Verlassen der Grundsicherung [...] zu motivieren.“

Tatsächlich werden - anders, als oft behauptet - auch künftig in jedem Fall zum Mindestlohn Vollzeit arbeitende Menschen mehr Geld zur Verfügung haben können als reine Bürgergeldempfänger. Denn ihnen stehen häufig zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen staatliche Leistungen zu wie Wohngeld, Kinderzuschläge, Unterhaltsleistungen oder Freibeträge. Diese Leistungen muss man aber kennen und sie einzeln beantragen. In der Praxis ist das alles andere als einfach und wird deswegen oft unterlassen. Und der Abstand zwischen reinem Arbeitseinkommen und Bürgergeld ist dann eben doch zu gering, um zur Arbeitsaufnahme zu motivieren.

Eine Patentlösung für dieses Problem haben wir nicht und fürchten, dass auch im nächsten Jahr wieder Mitglieder ihre Anmeldung für Verbandsversammlungen im letzten Moment zurückziehen werden, weil sie sich wegen Personalmangel selbst hinter die Kasse stellen müssen.

Löhne und Gehälter sind in 2022 kräftig gestiegen

"Risikofaktor Lohn"...

...titelte das Handelsblatt passend und ergänzend zum links stehenden Kommentar kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe. Die Zeitung bezieht sich auf eine Auswertung der Jobplattform Indeed und der irischen Zentralbank zur Lohnentwicklung in den sechs großen Euro-Staaten sowie Großbritannien. Danach stiegen und steigen Löhne und Gehälter in Deutschland „im Rekordtempo“. Deutsche Unternehmen mussten für Löhne und Gehälter ihrer Angestellten im Oktober durchschnittlich 7,1 Prozent mehr bezahlen als noch vor einem Jahr. Im Vergleich mit den anderen Ländern wird damit in Deutschland der höchste Anstieg verzeichnet. In Frankreich bspw. stiegen Löhne und Gehälter um fünf, in Spanien nur um 3,5 Prozent. Besonders kräftig – und da kommen auch die Tankstellen ins Spiel – waren die Lohnzuwächse in Branchen mit eher niedrigen Löhnen. Im Einzelhandel stiegen die Nominallohne gegenüber 2021 um genau 10 Prozent. In den Bereichen Reinigung, Gastronomie, sozialer Dienst, Logistik und Kundenservice sind die Löhne zuletzt sogar stärker als die Inflation gewachsen. Zur Erinnerung: Im Oktober lag die Inflationsrate in Deutschland bei 10,4 Prozent.

Den größten Effekt in diesen Branchen hatte natürlich die Mindestloohnerhöhung zum 1.10.2022. Allerdings haben die „Arbeitsökonom“ bei Indeed bereits seit Jahresanfang einen stetig zunehmenden Anstieg der Lohnkurve beobachtet. Viele Arbeitgeber mit Stellen im Niedriglohnbereich hätten bereits im Vorfeld der Mindestloohnerhöhung die Löhne angehoben, um sich im Wettbewerb um neues Per-

sonal einen Vorteil zu verschaffen. Wer die Personalwerbung von Discountern in diesem Jahr beobachtet hat, kann dies nur bestätigen.

Als weitere Ursachen für den in Deutschland besonders starken Lohnanstieg werden die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften generell sowie höhere Lohnforderungen wegen steigender Preise genannt. Die Zahlen zeigen aber auch, dass Arbeitnehmer trotz der gestiegenen Löhne und Gehälter im Schnitt in diesem Jahr real weniger in der Tasche haben als noch vor einem Jahr – 7,1 Prozent Lohnplus gegen 10,4 Prozent Inflation.

Spätestens an dieser Stelle werden hoffentlich viele Tankstellenpächter nachdenklich, wenn ihre Gesellschaft bei der Geschäftsplanung die Auffassung vertritt, der Pächtergewinn könne 2023 trotz dieser Inflationsrate geringer ausfallen als 2022. Wer diese Nachdenklichkeit entwickelt hat, schaut vielleicht auch einmal auf Webseiten wie [Glasdoor](#) vorbei, um sich zu informieren, was aktuell in bestimmten Branchen Filialleitern (die insbesondere im Einzelhandel derzeit gesucht werden) gezahlt wird. Wer dann noch verstanden hat, dass der Gewinn eines alleinstehenden, gesetzlich versicherten Selbständigen in Höhe von 75.000 Euro unter Berücksichtigung aller Abgaben einem Angestelltenbruttogehalt von ca. 61.000 Euro entspricht (letzteres gesichert, der Gewinn hingegen geplant), kommt vielleicht auf die Idee, eine Bewerbung abzuschicken. Und dann gilt auch für die Tankstellengesellschaft: „Risikofaktor Lohn.“

